



Hannover und Berlin, 30. Juli 2010

Gemeinsame Erklärung
zu der vom BMF geplanten Verteuerung der Energie für die Industrie in Deutschland
durch Änderungen der Energie- und Stromsteuer

Die deutsche Industrie und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) unterstützen die Bundesregierung in ihren Anstrengungen der Haushaltskonsolidierung. Solide öffentliche Finanzen sind einer der wichtigsten Schlüssel für Stabilität und staatliche Handlungsfähigkeit in Deutschland und Europa. Sparmaßnahmen, welche die wirtschaftliche Erholung, die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum gefährden, wirken aber kontraproduktiv auch hinsichtlich der Konsolidierung. Die geplanten Maßnahmen bei der Energie- und Stromsteuer würden genau diese Wirkung entfalten. Sie dürfen daher so auf keinen Fall umgesetzt werden.

Das Sparpaket der Bundesregierung sieht einschneidende Veränderungen bei Energie- und Stromsteuer vor, die eine massive weitere Verteuerung der Energie für das Produzierende Gewerbe zur Folge haben. Sie stellen einen Bruch der geltenden Klimaschutzvereinbarung zwischen der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft dar, die für die Wirtschaft vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unterzeichnet wurde. Die darin zugesagten Treibhausgas-Emissionsminderungen wurden von der Wirtschaft erreicht, wie die Überprüfungen durch ein unabhängiges Institut bestätigen. Diese Kostensteigerung würde der deutschen Industrie und besonders der energieintensiven Industrie einen empfindlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren weltweiten Wettbewerbern zufügen. Schon jetzt gehören die Energiekosten in Deutschland zu den höchsten in Europa und der Welt. Eine staatliche Verteuerung von Energie durch Steuern und andere Instrumente (Erneuerbare-Energien-Umlage, Emissionshandel) gibt es bei den internationalen Wettbewerbern nicht annähernd in dem Umfang, wie sie in Deutschland erfolgt.

Aus Sorge um Arbeitsplätze in Deutschland und aus Sorge um den Erhalt der in Deutschland noch geschlossenen Wertschöpfungsketten, die auf den energieintensiven Grundstoffindustrien aufbauen und eine große Stärke des Industrielandes Deutschland sind, appellieren die IG BCE sowie die Verbände der energieintensiven Industrien, d. h. der

Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden (bbs), die Bundesvereinigung Glas (BV Glas), der Verband Deutscher Papierfabriken (VDP), der Verband der Chemischen Industrie (VCI), die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WV Metalle) und die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl), an die Bundesregierung, von einer weiteren Verteuerung der Energie für die Industrie abzusehen. Auch der BDI unterstützt dieses Anliegen, da die geplanten Steueränderungen nicht nur einzelne Branchen betreffen, sondern die technologische Leistungsfähigkeit des Industrielands Deutschland insgesamt. Die Industrie hatte großen Anteil daran, dass die Wirtschaftskrise in Deutschland weit glimpflicher ablief als in den meisten OECD-Ländern. Sie ist nun wieder Wachstumsmotor. Das Wachstum muss jedoch nachhaltig und dauerhaft werden. Deindustrialisierung, wie sie in vielen westlichen Ländern seit einiger Zeit schleichend erfolgt ist, kann für Deutschland keine Option sein. Es muss gelten, den Industriestandort Deutschland zu stärken. Die Vorschläge zu einer weiteren nationalen Verteuerung der Energie für die Industrie bewirken das Gegenteil.

Sofern die Bundesregierung Mitnahmeeffekte im Bereich der Steuerentlastung verhindern möchte (sogenanntes missbräuchliches Contracting), haben wir dafür Verständnis und tragen dies mit. Dies betrifft mit vom BMF geschätzten 182 Mio. Euro pro Jahr allerdings nur einen kleinen Teil der im Energiebereich angestrebten Steuermehreinnahmen von 1 Mrd. Euro (2011) bzw. 1,5 Mrd. Euro (ab 2012).

Die sonstigen geplanten Maßnahmen (Anhebung der ermäßigten Energie- und Stromsteuersätze für das Produzierende Gewerbe, Absenkung des Spitzenausgleichs, Erhöhung des Selbstbehalts der Unternehmen bei Strom- und Energiesteuer auf 5.000 bzw. 4000 Euro) verschärfen die Produktionsbedingungen in Deutschland, nicht zuletzt für den Mittelstand und die energieintensive Industrie. Sie schaden damit dem Industrieland Deutschland.

Die Folgen der geplanten Steuererhöhungen werden durch folgende Zahlen für konkrete einzelne Unternehmen deutlich. Dabei beruhen die für 2010 zugrunde gelegten Verbräuche auf eher konservativen Prognosen aus den Krisenjahren 2008 und 2009. Aufgrund der anziehenden Konjunktur werden die Verbräuche und damit die Belastungen tendenziell noch höher ausfallen als hier darstellbar:

- **Metallindustrie (Nichteisen-Metalle)**

- Gießerei mit kleinem Walzwerk (100 Mitarbeiter):

- Gesamtbelastung durch Strom- und Energiesteuer:
2010: 6.470 Euro 2011: 39.150 Euro 2012: 78.290 Euro
 - Steigerung 2010 – 2012: + 1.110 %

- Großes Walzwerk (2100 Mitarbeiter):

- Gesamtbelastung durch Strom- und Energiesteuer:
2010: 818.000 Euro 2011: 2.096.000 2012: 3.800.000 Euro
 - Steigerung 2010 – 2012: + 365 %

- **Papierindustrie:**

- Unternehmen 1 (100 Mitarbeiter):

- 45.000 t Produktion, 25.000 MWh Strom, 62.000 MWh Erdgas.
 - Gesamtbelastung durch Strom- und Energiesteuer:
2010: 150.000 Euro 2011: 251.000 Euro 2012: 363.000 Euro
 - Steigerung 2010 - 2012: + 142 %

- Unternehmen 2 (500 Mitarbeiter):

- 381.000 t Produktion, 516.000 MWh Strom, 43.000 MWh Erdgas (zusätzlich 515.000 MWh Erdgaseinsatz in KWK-Anlage).
 - Gesamtbelastung durch Strom- und Energiesteuer:
2010: 518.000 Euro 2011: 1.902.000 Euro 2012: 3.592.000 Euro
 - Steigerung 2010 – 2012: + 593 %

- Gesamtbelastung Zellstoff- und Papierindustrie:

- 2010: 28,3 Mio. Euro 2011: 81,7 Mio. Euro 2012: 145,3 Mio. Euro
 - Steigerung 2010 – 2012: + 413 %

- **Zementindustrie**

- Zement-Mahlwerk (30 Mitarbeiter):


- Stromverbrauch: 30.000 MWh
 - Gesamtbelastung durch Energie- und Stromsteuer
2010: 23.800 2011: 105.900 Euro 2012: 202.400 Euro
 - Steigerung 2010 - 2012: + 750 %

Mittelgroßes Zementwerk (100 Mitarbeiter):

- Stromverbrauch 80.000 MWh
- Gesamtbelastung durch Energie- und Stromsteuer
2010: 68.500 2011: 281.600 Euro 2012: 540.000 Euro
- Steigerung 2010 - 2012: + 688 %



Michael Vassiliadis
Vorsitzender
IG Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie,
Energie (IG BCE)



Michael Basten
Hauptgeschäftsführer
Bundesverband Baustoffe - Steine und
Erden e.V.



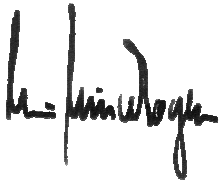
Dr. Johann Overath
Hauptgeschäftsführer
Bundesverband Glasindustrie
e.V.



Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident Wirtschaftsvereinigung
Stahl und Vorsitzender
Stahlinstitut VDEh
Wirtschaftsvereinigung Stahl



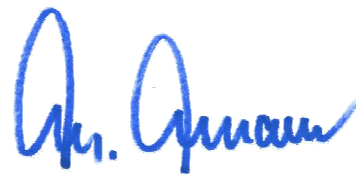
Dr. Utz Tillmann
Hauptgeschäftsführer
Verband der Chemischen
Industrie e.V.



RA Klaus Windhagen
Hauptgeschäftsführer
Verband Deutscher
Papierfabriken e.V.



Ass. jur. Martin Kneer
Hauptgeschäftsführer
Wirtschaftsvereinigung Metalle



Dr. Werner Schnappauf
Hauptgeschäftsführer und
Mitglied des Präsidiums
Bundesverband der Deutschen
Industrie e.V. (BDI)